

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantwortl. Redakteur:
Karl H e n a y

Wien, am Freitag, den 12. Dezember 1924

Die Realschule in der Waltergasse. In der Gemeinderatsdebatte über den Rechnungsabschluss war auf die schweren ^{Bauschäden} Gebrechen an dem Hause der Bundesrealschule in der Waltergasse hingewiesen worden. Der amtsführende Stadtrat Breitner erwiderte, dass bezüglich der Erhaltung und Renovierung dieser Schule noch aus der Zeit vor dem Kriege Verträge zwischen Staat und Gemeinde bestehen, die aber schon auf Grund eines Beschlusses der Nationalversammlung einer Revision bedürfen. Trotz eifrig geführter Korrespondenz mit der früheren Bundesregierung sei es nicht möglich gewesen, zu einem neuen Verträge zu gelangen und die Anteile von Bund und Gemeinde an den notwendig gewordenen Reparaturen des Hauses der Realschule festzusetzen. Um dem unleidlichen Zustand dieser Schule, der für Schüler und Lehrer eine wahre Gefahr bedeutet, rasche Ende zu machen, hat nunmehr Bürgermeister Seitz auf Grund des § 96 der Verfassung verfügt, dass die größten Bauschäden des Gebäudes in der Waltergasse, in dem die Realschule untergebracht ist, durch das Stadthausamt behoben werden. Das Kostenerfordernis hierfür beträgt 60 Millionen Kronen.

820 neue Wohnungen in Wien! In der letzten Sitzung des technischen Gemeinderatsausschusses ist abermals ein neuer Wohnhausbau beschlossene und sind die Bauentwürfe von drei Wohnhausbauten der Gemeinde genehmigt worden. Zusammen werden damit für die Wiener Bevölkerung 820 neue Wohnungen geschaffen, die einen Kostenaufwand von 101,31 Milliarden Kronen erfordern. Der Wohnhausbau, dessen Errichtung neu beschlossen wurde, befindet sich in Fünfhaus, Mattisplatz-Pouthongasse-Hütteldorferstrasse-Costagasse. Die Entwurfsarbeiten wurden an die Architekten Viktor Mittag und Karl Hanschka übertragen. Es werden sich in diesem Hause 202 Wohnungen und mehrere Geschäftslokale befinden. Die Baukosten sind mit 21,6 Milliarden angesetzt. Der erste Wohnhausbau, dessen Pläne nunmehr feststehen, wird vom Architekten Ing. Georg Rupprecht am Neubau, Neustiftgasse 143 errichtet und wird 45 Wohnungen sowie ein Geschäftslokal mit Magazin enthalten. Die Baukosten betragen 5,405 Millionen Kronen. Ferner wurden die von den Architekten Camillo Fritz Discher und Paul Gütl ausgearbeiteten Pläne für einen Wohnhausbau in Favoriten, Hardtmuthgasse-Neilreichgasse-Trostgasse-Herzgasse genehmigt. In diesem Hause werden 453 Wohnungen, 4 Geschäftslokale ein Magazin, ein Kinderhort, eine Lehrwerkstätte und eine Central-Dampfwäscherei Platz haben. Die Baukosten machen 59 Milliarden aus. Schliesslich wurden den Plänen für das Haus in Floridsdorf, Meissnergasse-Andreas Huger-gasse die Zustimmung erteilt. Die Architekten sind Hans Seitzl und Karl Felsenstein, die mit einem Aufwande von 15,3 Milliarden Kronen und drei Geschäftslokale errichten.

Eröffnung des Jugendamtes. Bürgermeister Seitz hat am Sonntag um 11 Uhr vormittags die Mitglieder des Gemeinderates und die Vertreter der Presse zu der Eröffnung des Bezirksjugendamtes in Floridsdorf geladen. Die Gemeinde hat dieses Jugendamtes modernst ausgestaltet, wobei vor allem zu erwähnen ist, dass für die Tuberkulosenstube und Kinderzahnklinik ein Röntgenzimmer errichtet wurde.

Eröffnung der Wiener Wärmestuben. In Anbetracht der eingetretenen Kälte hat der amtsführende Stadtrat Professor Tandler verfügt, dass Freitag Abends alle fünf Wiener Wärmestuben eröffnet werden. Die Wärmestuben der Gemeinde Wien befinden sich auf der Lanstrasse, Erdbergstrasse, Favoriten, Puchsbaumplatz, Rudolfshaus, Nobilegasse, Ottakring, Seeböckgasse, Brigittenau, Burghardt-gasse.

Neue Postsparkassenkonten im städtischen Steuerdienste. Die Postsparkassenkonten der ehemaligen Steueramtsabteilungen (jetzt Rechnungsabteilungen) der magistratischen Bezirksämter für den I bis XXI. Bezirk und des ehemaligen Centralsteueramtes (jetzt Rechnungsabteilung IIc) im Rathaus mit Konto Nr. 101001-101021 und 9990 werden nunmehr aufgelassen. Die Parteien werden aufgefordert, in ihrem eigenen Interesse Erlagscheine für die alten Konten nicht mehr zu verwenden, sondern vorhandene Vorräte bei der zuständigen Rechnungsabteilung gegen neue kostenlos auszutauschen. Die Nummern der neuen Konten lauten: Für die Rechnungsabteilungen der magistratischen Bezirksämter für den I. bis XXI. Bezirk: 39395/1 - 39395/21; für die Rechnungsabteilung IIc im Rathaus: 39395/22.

Entfallende Sprechstunde. Am Montag, den 15. Dezember entfällt die Sprechstunde bei dem amtsführenden Stadtrat Siegel wegen dienstlicher Verhinderung.

Die Kanlräumungsgebühren im Dezember. Die Kanlräumungsgebühren für den Monat Dezember keine Veränderung gegenüber den Vormonaten und betragen daher das 20 fache des Augustmonatszinses 1914.

Der Zentralviehmarkt St. Marx an der Weihnachts- und Neujahrswche. Nach Anhörung von Vertretern aller Marktparteiengruppen hat der Magistrat verfügt, dass die Märkte auf dem Zentralviehmarkt St. Marx in der Woche vom 22. bis 27. Dezember 1924 und an der Woche vom 29. Dezember 1924 bis 3. Jänner 1925 an folgenden Tagen abgehalten werden: In der Woche vom 22. bis 27. Dezember: Die Rindermärkte am Montag, den 22. und Mittwoch, den 24. Dezember, die Jung- und Stechviehmärkte am Montag, den 22. und Dienstag, den 23. Dezember, die Schweinemärkte am Dienstag, den 23. und Mittwoch, den 24. Dezember. In der Woche vom 29. Dezember 1924 bis 3. Jänner 1925: Die Rindermärkte am Montag, den 29. und Mittwoch, den 31. Dezember, die Jung- und Stechviehmärkte am Montag, den 29. und Dienstag, den 30. Dezember, die Schweinemärkte am Dienstag, den 30. und Mittwoch, den 31. Dezember.

Fachkurs für Grossküchenbetrieb. In der Koch- und Haushaltungsschule der Gemeinde Wien wird ab 1. Jänner 1925 ein Fachkurs für Grossküchenbetriebe abgehalten werden, der auch von Externistinnen nach Massgabe der freien Plätze besucht werden kann. Nähere Auskünfte erteilt die Schulleitung VI, Brückengasse 3, an Wochentagen vormittags.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 12. Dezember 1924. Zweite Ausgabe.

Die Beratung des Haushaltsplanes der Gemeinde. Eine Debatte über den Fremdenverkehr.

Im gemeinderätlichen Finanzausschuss wurden heute nachmittags die gestern begonnenen Beratungen des Voranschlags fortgesetzt. Bei der Verhandlung der Gruppe Finanzwesen knüpfte sich eine ausführliche Erörterung des Problems der Förderung des Wiener Fremdenverkehrs. Stadtrat Kunschak und Gemeinderat Zimmerl verwiesen darauf, dass der Wiener Fremdenverkehr stark nachgelassen habe und darunter nicht nur die Hotels, sondern auch alle Zweige der Fremdenindustrie und des grossen Wiener Vergnügungsapparates schwer leiden. Wenn die Gemeinde nicht, wie dies bereits in deutschen Städten geschehen ist, auf die Fremdenzimmersteuer verzichtet, dann müsste sie doch die Initiative für eine grosszügige Propaganda zur Hebung des Fremdenverkehrs ergreifen. Die einzelnen Körperschaften, die sich mit dem Fremdenverkehr beschäftigen, haben untereinander nicht den entsprechenden Zusammenhang und es wäre Aufgabe der Gemeinde einzugreifen.

Gemeinderat Broczyner (Sozialdemokrat) legte an der Hand einer Reihe von Beispielen dar, wie in der Schweiz von den interessierten Kreisen vorbildlich an der Hebung des Fremdenverkehrs gearbeitet wird. Vor allem haben dort die Bahnverwaltungen längst die grosse Wichtigkeit der Förderung des Fremdenverkehrs erkannt und bieten alles auf, um den ausländischen Gästen entgegenzukommen. In Oesterreich ist aber schon die Erlangung einer Fahrkarte nicht immer leicht. Auch der Zustand unserer Eisenbahnen ist nicht sehr einladend und insbesondere die Klosetts unserer Schnellzüge lassen alles zu wünschen übrig. Gelegentlich einer amtlichen Propaganda, die der Bund in der Form einer Beigabe zu den Pässen unternommen habe, sind nur solche Unternehmungen genannt worden, die ein Inserat bezahlt haben, was dazu führte, dass nur zwei Wiener Theater und nur zwei auch nicht gerade erstklassige Wiener Kaffeehäuser in dieser Beigabe enthalten waren. Dadurch wurde ein vollständig falsches Bild der wirklichen Verhältnisse in Wien gegeben, was besonders erwähnt werden muss, da es sich doch um eine amtliche Fremdenverkehrspropaganda handelte. Schliesslich muss auch auf den Zustand der Bundesstrassen verwiesen werden, die für den Fremden eine Autofahrt zur Qual machen.

Stadtrat Breitner führte aus, dass die Frage der Veranzienung der Fremden schon vor dem Krieg immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt worden sei. Allerdings ist gegenwärtig diese Einnahmepost von weitaus grösserer volkswirtschaftlicher Bedeutung, wie früher und es wären daher die grössten Anstrengungen durchaus gerechtfertigt. Vor dem Zusammenbruch war Wien als Hauptstadt eines grossen Reiches das Ziel jedes Universitätsprofessors, jedes Bezirkshauptmannes und höheren Offiziers, die sich bei ihren vorgesetzten Behörden vorzustellen hatten. Als Sitz aller Ministerien kamen aus dem ganzen Reich viele Bürger um ihre Angelegenheit hier zu ordnen, so dass ein gewisser zwangsmässiger Fremdenverkehr aufzuweisen war. Das ist jetzt weggefallen und Wien ist ausschliesslich auf seine Anziehungskraft angewiesen. Leider muss auch gesagt werden, dass oft die schwersten Schädigungen des Fremdenverkehrs dadurch erfolgen, dass systematisch falsche Gerüchte über Wien im Ausland verbreitet werden und Wien als die teuerste Stadt der Welt bezeichnet wird. Es wurde anlässlich einer Vorsprache von Hoteliers im Rathaus festgestellt, dass ein Zimmer im Waldorf-Astoria Hotel in Newyork täglich 25 Dollar kostet, während in Wien im Hotel Imperial

in Zimmer in einer noch opulenteren Ausstattung zehn Dollars kostet. Durch solche Nachrichten beschmutzt man nur das eigene Nest und vertreibt die Fremden. Der gleiche Effekt wird erzielt, wenn man Wien, wie dies oft geschieht, als die langweiligste Stadt der Welt schildert, während wir eine Ueberfülle an Vergnügungsstätten haben. Die Affäre Hochenegg hat der Stadt vermessenlichen Schaden zugefügt. Wenn ein Professor immer wieder erklärt, dass in Wien die kranken Fremden nicht auf Grund ihrer Krankheit, sondern ihrer Zahlungsfähigkeit behandelt werden, dann wird es sich jeder Fremde überlegen, nach Wien zu kommen und hier ärztliche Behandlung zu suchen. Man erkundige sich bei den Sanatorien, wie sich diese Affäre ausgewirkt hat. Die Propaganda gegen den fremdländischen Studenten an der Wiener Universität ist gleichfalls nicht geeignet den Ruf Wiens zu heben. Die meisten dieser Studenten bleiben geradezu für ihr ganzes Leben mit ihrer Studienstadt verbunden und kommen immer ^{wieder} nach Wien. Die Gemeinde Wien hat durch die Veranstaltung des Musik- und Theaterfestes gezeigt, dass sie gewillt ist, für die Förderung des Fremdenverkehrs auch grosse Summen auszugeben. Wenn vielleicht auch nicht jede einzelne Veranstaltung allen Geschmacksrichtungen entsprechen konnte, so war es doch eine Leistung und man kann leider nicht sagen, dass die Unterstützung allseits die stärkste gewesen wäre. Die Gemeinde hat auch zwei Milliarden Kronen bewilligt, um die Beteiligung des Wiener Kunstgewerbes an der Pariser internationalen Ausstellung im kommenden Jahr zu ermöglichen. Da wird unsere Luxus- und Kunstgewerbeindustrie die erwünschte Gelegenheit haben, vor einem grossen Kreis ihre berühmten Erzeugnisse vorzuführen. Die Gemeinde ist auch durchaus gewillt, sehr bedeutende Beträge für die Hebung des Fremdenverkehrs aufzuwenden, die noch über die 1200 Millionen Kronen, die im Voranschlag eingesetzt sind hinausgehen. Wenn ihr wirklich von ernster und verantwortlicher Seite Vorschläge gemacht werden, die eine nützliche und wirkungsvolle Verwendung der Mittel gewährleisten, so spiele eine Ausgabe von fünf und auch zehn Milliarden Kronen gar keine Rolle, da es sich dabei nur um ausgezeichnete Investitionen handelt. Vielleicht ist die Wiener Messe, die von Anfang an, sich der tatkräftigsten Unterstützung der Stadtverwaltung erfreute, auch eine Institution, die auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs richtungsgebend werden kann. Jetzt noch in den Voranschlag eine Post einzusetzen, ohne die Gewissheit zu haben, dass der Betrag dem gedachten Zweck zugeführt werden kann und vielleicht am Ende des Jahres gerade auf diesem Gebiet Ersparungen festzustellen, ist nicht wünschenswert. An der Mitwirkung der Gemeinde bei allen ernstesten Aktionen zur Förderung des Fremdenverkehrs kann nicht gezweifelt werden. Allerdings denkt niemand an die Schaffung einer eigenen Magistratsabteilung, da die Träger der Propaganda immer die Interessenten selbst sein müssen, wie dies in der Schweiz und in Frankreich, wo die Organisation des Fremdenverkehrs vorbildlich durchgeführt ist, immer war.

Es wurden hierauf die Kapitel Finanzwesen, Personalangelegenheiten und Wohlfahrtswesen erledigt. Die Sitzung wird am Samstag nachmittags fortgesetzt.